

GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21



Peter Karcher
Schlossbergstrasse 9
70569 Stuttgart
Oktober 2010

Offener Brief an

Jörg Hofmann, IG-Metall Bezirksleiter, Stuttgarter Str. 23, 70469 Stuttgart

Kopie an:

Ralf Stockheim, IG Chemie, Stuttgart

Manfred Reitmaier, TRANSNET OV Stuttgart

Inge Hamm, IG BAU Regionalvertretung, Stuttgart

Rüdiger Seidenspinner, GdP Landesbezirk, Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen

Lieber Kollege Jörg Hofmann

liebe Kollegen und Kolleginnen der Landesleitungen von IG Chemie, TRANSNET, IG BAU, GdP

wir haben uns mehrfach und auf verschiedenen Ebenen in den letzten Wochen mit den nachfolgenden Anliegen an Euch gewandt, ohne dass dies Berücksichtigung gefunden hat. Nun schreiben wir Euch diesen Offenen Brief.

Wir bitten Euch nachdrücklich,

1. Euren Widerstand im DGB Bezirksvorstand gegen die Umsetzung des Beschlusses der DGB – Bezirkskonferenz vom 30. Januar aufzugeben, in der mit großer Mehrheit beschlossen worden war, dass der DGB dem Bündnis gegen Stuttgart 21 beitrifft und den Widerstand gegen Stuttgart 21 unterstützt. Beides ist bisher nicht geschehen.
2. einen Redner des Widerstands gegen Stuttgart 21 auf der DGB-Kundgebung zur Krise am 13. November reden zu lassen. Das Bündnis gegen Stuttgart 21, das derzeit wöchentlich bis zu 100 000 Menschen mobilisiert, hatte Euch angeboten, zur Teilnahme an der DGB Demo aufzurufen und dann an diesem Wochenende auf eine Demo zu verzichten. Dies habt Ihr ebenfalls abgelehnt.
3. nach dem gewaltsamen Vorgehen der Polizei am 30. September im Schlossgarten, bei dem Hunderte Bürgerinnen und Bürger zum Teil schwer verletzt wurden, dies in der gewerkschaftlichen Diskussion und vor allem am 13. November in den Reden von Gewerkschafter/innen zum Thema zu machen. Diese Übergriffe von Politik und Polizei sind ein Angriff auf das Versammlungsrecht und das Recht auf zivilen Widerstand. Das geht uns alle an!

Die Proteste gegen Stuttgart 21 und unsere gewerkschaftlichen Anliegen gehören zusammen! Es geht um sinnlose Ausgabe zu Lasten der Sozialtats, es geht um mehr Demokratie, es geht um Erhalt und Ausbau des Bahnverkehrs für Berufstätige.

Kanzlerin Merkel selbst hat den Zusammenhang hergestellt, in dem sie sinngemäß sagte, der Widerstand gegen S 21 müsse gebrochen werden, weil sonst auch Proteste gegen Sozialabbau wie in Griechenland nicht mehr beherrschbar wären.

Wir bitten Euch, insbesondere angesichts der neueren Entwicklungen, Eure Position zu überprüfen und neu zu bestimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Karcher

